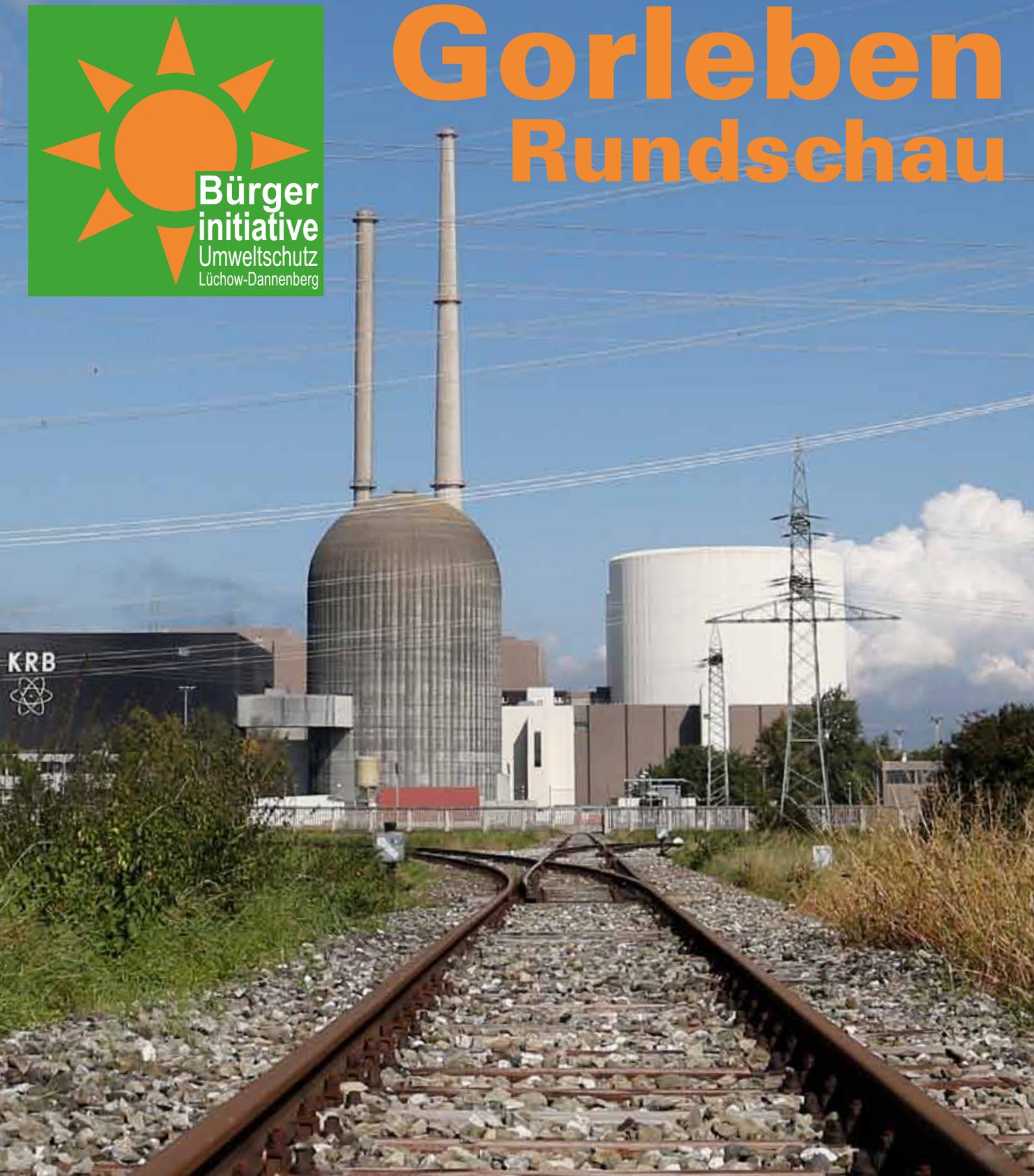




Gorleben Rundschau



Gewesen

Die Atomkraft rollt langsam aber sicher aufs Abstellgleis. Der neue World Nuclear Industry Status Report weist das auch in Zahlen nach. Wachstumsamkeit ist dennoch geboten.

Gescheitert

Der EURATOM-Vertrag soll Europas Bürger/-innen Sicherheit vor den Gefahren der Atomkraft geben. Doch er wird von den EU-Staaten seit langem ignoriert. Zum Teil sogar zu Recht.

Geschenkt

X-mal werden wir noch wach... dann steht schon wieder Weihnachten vor der Tür. Die BI hat eine neue Textil-Kollektion entworfen, die sich gut für den Gabentisch eignet.

Wessen Zukunft ist es denn?

Ich bin Svane. Ich war für zwei Wochen Praktikantin der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) und war dort, um einen Einblick hinter die Kulissen der Bewegung und Organisation zu bekommen.

Warum möchte eine Schülerin ihr Praktikum in der Bürgerinitiative machen?

Die Aufgabe der Schule war einfach, nämlich ein Praktikum zu finden, mit welchem man nach der Ausbildung in jenem Betrieb ein duales Studium machen könnte. Ich habe mich gegen diese Aufgabenstellung entschieden und stattdessen nach einem Praktikum gesucht, welches mich interessieren würde.

Umwelt ist für mich ein Thema, welches für alle, auch in der Zukunft, interessant und aktuell bleibt. Das war letztendlich auch der Anreiz, mein Praktikum im BI-Büro machen zu wollen und so über umweltrelevante Themen herauszufinden, wo ich selbst mehr tätig werden kann.

Wenn ich etwas für die Umwelt mache, dann mache ich auch etwas für meine Zukunft. Denn mal ehrlich: Wessen Zukunft ist es denn, wenn nicht unsere?

Wenn ich weiß, dass es bessere Alternativen als Atomkraft gibt, dann empfinde ich es als eine Verpflichtung, sich für diese Alternativen einzusetzen. Das Praktikum hat mir nochmal einen Anreiz gegeben, zu schauen, was ich als junger Mensch machen kann.

Ich glaube, durch den Umschwung ins Arbeitsleben ist es schwierig, junge Leute zu finden, die sich fest in der Bewegung beteiligen. Dennoch denke ich, dass das Bewusstsein für Themen wie „Atomkraft, Nein Danke!“ und Umwelt immer noch verankert ist.

Insgesamt war es interessant zu erfahren, dass Büro nicht gleich Büro ist und zu sehen, wie viel Arbeit hinter der Organisation und der Bürgerinitiative an sich steckt.

Svane Zeps
Schülerin in Clenze



Wenn Wahlen etwas verändern würden, dann wären sie verboten...“ Dieser unbelegt oft Kurt Tucholsky oder Emma Goldman zugeschriebene, vermutlich aber namenlos anarchistische Satz bezog sich wohl eher auf die Robustheit des herrschenden Systems. Der Grundsatz eines merkantilistischen Wirtschaftssystems, dessen Motoren Konkurrenz und Besitzstreben sind, kann offenbar nicht oder nur rudimentär durch ein temporäres Mitbestimmungsrecht bei der Auswahl von Führungspersonal in Frage gestellt werden. So sehr jede Kritik an dieser im Grundsatz demokratiekritischen These zulässig ist, bewahrheitet sie sich im Konkreten offenbar doch, wenn beispielweise die Schere zwischen arm und reich in der „sozialen Marktwirtschaft“ ganz unabhängig von den jeweils regierenden Koalitionen stetig weiter auseinander klafft.

Andererseits kann es offenbar auch der Wähler/-innen-auftrag selbst sein, der Veränderungen grundsätzlich unmöglich macht. Im Falle bedrohlicher Veränderungen, wie Dominanz einer Schicht, massiver Lasten für die Bevölkerung oder der Renaissance längst überwunden geglaubter Konzepte wie der Atomkraft, mag die Blockade durch ein Patt auch segensreich sein. Hier käme das Spiel der Kräfte in einer Demokratie nicht nur zwischen Regierung und Opposition, sondern darüber hinaus sogar auf der Initiativeseite zum Tragen. Um aber den realen und rasanten Herausforderungen einer klimaveränderten Umwelt zu begegnen und die längst überfälligen Weichenstellungen für eine lebenswerte, regenerative Zukunft zu stellen oder auch eine verantwortbare Atommülldebatte zu initiieren, ist die Uhr be-

reits zwölf. Weder die Wahlergebnisse im Bund, noch im Land Niedersachsen lassen aber eine alltagstaugliche Grundlage für eine konstruktive Arbeitsebene erkennen... „Der Wähler als Sadist“, titelt der Spiegel, am Ende wäre er gar Masochist...

In einer Demokratie stehen den Regierten aber noch weitaus mehr Instrumentarien offen als nur die zyklisch wiederkehrende Stimmabgabe. Und diese Instrumente könnten zunehmend an Bedeutung gewinnen, schon gar, wenn die parlamentarische Debatte zur politischen Meinungsbildung längst zu einem Ritual gefroren ist; als da wären: Einfluss zu nehmen auf die öffentliche Meinungsbildung durch Veranstaltungen, Versammlungen und Demonstrationen. Gleich jetzt im November geht's los: Auf nach Bonn zum Weltklimagipfel! Don't nuke the climate!



**Martin Donat,
Vorsitzender der
BI Lüchow-
Dannenberg**

Impressum

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V., Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
redaktion@gorleben-rundschau.de
service@gorleben-rundschau.de

Redaktion: Andreas Conradt (ac) und Torsten Koopmann (kp) (beide verantwortlich), Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh), Torben Klages (tk), Dirk Seifert (ds), Ursula Seghezzi (us)
Gestaltung: Andreas Conradt
Korrektorat: Helga Wallat



Druck: dieUmweltdruckerei GmbH
 Lohweg 1, 30559 Hannover
 Auflage: 3900, gedruckt auf
 Recyclingpapier Circle Matt White
**Weitere Infos, Leserbriefe und
 Feedback auf der Website:**
www.gorleben-rundschau.de



Gorleben Archiv Unsere Geschichte

März 1997 – der dritte Castor-transport ist im Anrollen. Der Widerstand wächst. So muss auch die Polizei nachlegen: Immer mehr Polizisten müssen untergebracht und gepflegt werden. Die Unterkünfte werden knapp. Es braucht mehr Platz als nur die Polizeikaserne in Lüchow und ähnliche Gebäude anderswo. Weitere Räume in öffentlichem Besitz sind gefragt, so wählt man die Sporthallen im Schulzentrum Dannenberg und in der Schule in Hitzacker – beide nah genug an der Transportstrecke. Doch kaum ist die Nachricht über die Nutzung der Sporthallen bekannt, ist sie auch schon obsolet: Schüler/-innen besetzen ihre Sporthallen und sind nicht zu vertreiben, jedenfalls nicht ohne Imageverlust und Gewaltanwendung durch die Polizei. In die Turnhallen zieht neues Leben ein. Die Matten werden zum Hinfläzen gebraucht, die Bänke zum Liegen. Unterricht? Findet nicht statt! Stattdessen wird gespielt, diskutiert, und man fühlt sich wohl. Damit das Ganze nicht in Chaos ausartet, führen Lehrer/-innen Aufsicht, auch nachts. Tagsüber gehen die Schüler nur dann zum Unterricht, wenn einige wenige uneinsichtige Lehrer mit Klausuren drohen. Schulleitung und Delegationen der Schüler verhandeln im Hintergrund. Immer wieder gehen Räumungsgerüchte durch die Hallen, die Bäuerliche Notgemeinschaft stellt ihre Trecker vor die Eingänge. Ergebnis der Verhandlungen ist schließlich, dass die Polizei darauf verzichtet, die Sporthallen in Anspruch zu nehmen, auch in Zukunft. Im Gegenzug räumen die Schüler/-innen die Hallen. Ein kleiner Erfolg, ein großer Lernprozess. Und das gewiss bei allen Beteiligten. (bh)

Das
in das Atom-
mülllager
Asse flie-
ßende Salz-
wasser kann
künftig in ein
stillgelegtes
Bergwerk bei
Sehnde in
der Region
Hannover
gepumpt
werden.

ASSE-GmbH

Schule Atommüll im Unterricht

Um Jugendliche zu verschiedenen Aspekten der Endlagerung zu informieren und an Prozesse der Bürgerbeteiligung bei der Endlagerstandortsuche heranzuführen, haben das Öko-Institut und das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) mit Unterstützung der Stiftung Zukunftserbe umfangreiches Lehrmaterial ^{➔1} zum Thema erstellt und auf Basis des Standortwahlgesetzes von 2017 aktualisiert. Bei der Entwicklung des

Konzeptes wurde Wert darauf gelegt, dass die Beteiligung der Schülerinnen und Schüler und das eigene Auseinandersetzen mit der Thematik im Mittelpunkt des Unterrichts stehen. Die Materialien umfassen eine Lehrerhandreichung: Sie enthält einen Verlaufsplan, Protokollbögen, Glossar und Landkarten. Daneben gibt es einen Lehrervortrag in Form einer Powerpointpräsentation und Infokarten zu den Themen Atomrecht, strahlende Abfälle, Strahlenschutz, Beteiligung und Geologie. (pm)



Recht Klage doch zulässig

Vor dem Landgericht Lüneburg wurde Ende Oktober eine Gerichtsverhandlung geführt, die auf Geschehnisse beim Castor-transport 2011 zurückzuführen ist. Der Aktivist Reiner Frensemeier klagte auf Schmerzensgeld aufgrund der Verbringung in den „Harlinger Freiluftkessel“ nach einer Massenprotestaktion der Widerstandsgruppe „widerSetzen“. Das Landgericht schmetterte die Klage in erster Instanz ab, Frensemeier zog da-

raufhin vor das Bundesverfassungsgericht, das sich mit seinem Vorgang nicht nur auseinandersetzte – nur ein verschwindend geringer Prozentsatz von Fällen wird überhaupt vor dem BVG zugelassen –, sondern ihm auch noch Recht gab. Das BVG verwies zurück ans Landgericht und dieses musste sich nun erneut mit den Forderungen auseinandersetzen. Eine Prozessschilderung, das Urteil und ein Interview mit Reiner Frensemeier folgt in der nächsten Gorleben Rundschau. (tk)





Castor Atommüll kommt zurück

Atommüll aus der seit 2005 in Deutschland verbotenen Wiederaufarbeitung hochradioaktiver Abfälle in Frankreich (La Hague) und England (Sellafield) soll zwischen 2019 und 2021 nach Deutschland zurück kommen. Nicht mehr das Zwischenlager Gorleben ist dann das Ziel dieser Castortransporte, sondern die Standorte Brokdorf, Biblis, Philippsburg und Isar (Ohu, Landshut). Insgesamt bis zu 28 Behälter werden aus Sellafield und La Hague erwartet. Am 29. September haben darum die jeweiligen Zwischenlager-Betreiber Vattenfall, RWE, E.ON und EnBW entsprechende Anträge gestellt. Ge-

nehmigungsbehörde ist das Bundesamt für kerntechnische Sicherheit (BfE). ↻² Ob diese Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung stattfinden werden, ist noch offen. ↻³ Dem benachbarten und mit Brokdorf baugleichen Zwischenlager in Brunsbüttel hatten Urteile des OVG Schleswig und des Bundesverwaltungsgerichts wegen Mängeln bei den Sicherheitsnachweisen die Genehmigung entzogen. Das Bundesumweltministerium hatte vor rund zwei Jahren in der „Endlager-Kommission“ erklärt, dass es dafür keinen Grund sähe. Ab 2019 sollen die Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle von den Atomkonzernen in staatliches Eigentum überführt werden. (ds)

Atom-Altlasten Verursacher heranziehen

Das Land Niedersachsen hat die Bundesregierung aufgefordert, die Kosten der atomaren Altlasten umfassend zu ermitteln, darzustellen und eine rechtssichere Finanzierung nach dem Verursacherprinzip zu entwickeln. Einen entsprechenden Bundesratsantrag hat die niedersächsische Landesregierung noch vor der Landtagswahl beschlossen. ↻⁴ Maßgeblich dafür war die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 13. April 2017, mit der das Gericht die Erhebung der Kernbrennstoffsteuer für verfassungswidrig erklärt habe. Damit war der Bund verpflichtet worden, die bisher vereinnahmten mehr als sechs Milliarden Euro an die Kernkraftwerksbetreiber zurückzuzahlen.

Diese Entscheidung sei für Niedersachsen mit seiner großen Zahl von Atomanlagen, insbesondere mit der Schachtanlage Asse, von besonderer Bedeutung. Das Kernbrennstoffsteu-

ergesetz sei vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung ausdrücklich damit begründet worden, die aus der notwendigen Sanierung der Schachtanlage Asse II entstehenden Belastungen zu verringern. Mit dem Wegfall der Kernbrennstoffsteuer entfielen jetzt nachträglich Einnahmen, die auch zur Deckung der Kosten für atomare Altlasten hätten dienen sollen. Das seinerzeit nicht rechtskonforme Vorgehen der Bundesregierung dürfe nicht dazu führen, dass die Betreiber von Atomanlagen aus ihrer Verantwortung für die Sanierung von Altlasten entlassen werden, sagte Ex-Umweltminister Stefan Wenzel. (pm)

Die Finanzierung der Altlast-Entsorgung nach dem Verursacherprinzip ist insbesondere für Niedersachsen wichtig.

Niedersächsische Staatskanzlei



BI-Büro Aktion und Politik

Unsere Reise durch den Herbst begann mit dem Besuch der Atommüllkonferenz in Kassel: Wolf-Rüdiger Marunde, der sich eingehend mit dem Standortauswahlgesetz beschäftigt, sorgte für die inhaltliche Ausgestaltung unserer ständigen Arbeitsgruppe „Gesellschaftliche Anforderungen in der Auseinandersetzung um Atommüll“.

Die Neuauflage der Demo in Lingen brachte wieder eine bunte Schar Atomkraftgegner/-innen ins Emsland. Kerstin Rudek hielt für uns vor Ort die Fahne hoch und moderierte das Bühnenprogramm.

Zusätzlich konnte im September der von unserer Mitgliedschaft ersehnte Ratschlag umgesetzt werden. Knapp 30 Menschen saßen dabei zusammen und tauschten sich aus. Der Vorstand lauschte besonders aufmerksam den Wünschen und Bedürfnissen der Anwesenden, von denen einige erstmalig einen Ratschlag besuchten.

Die AG gegen Fracking der BI wartete direkt am Folgetag mit einer Lesung von Ursula Sternberg auf. Sie las aus ihrem Umweltkrimi „Ruhrbeben“ in der Alten-Jeetzels-Buchhandlung in Lüchow. Einige Stunden vor der Veranstaltung bot die AG eine geführte Tour durch die Altmark an, bei der sich die Teilnehmenden direkt vor Ort ein Bild über die Gasförderung und die daraus resultierenden Umweltprobleme machen konnten.

Mitte Oktober schließlich komplettierten Info-Veranstaltungen die heiße Mobilisierungsphase für die Fahrt zur Weltklimakonferenz in Bonn. Besonders die Veranstaltung zum Thema „CO₂-Steuer als Regulierungselement für den Klimaschutz“ lockte Interessierte ins Gasthaus Gundelfinger in Dannenberg. (tk)



Nachgetreten Sonstwonien

„O“ ist ja ein Ausruf der Verwunderung. Wer nun gleich zwei „Os“ im Namen hat, wie Otto oder B... – ach, lassen wir den Punk. Was auch Verwunderung auslösen könnte, ist eventuell folgende Anregung zur Aufregung: Gewisse Kräfte in diesem Land sind ja für uneingeschränkte Grenzöffnung, globalen Austausch an Wissen und Erfahrungen, weltweit keine Einschränkung der Forschung, Reisen in alle Welt (obwohl's tatsächlich ja doch nur eine gibt!) u.s.w. ... Es heißt ja auch: Global denken – lokal handeln. Also grenzüberschreitend denken. Überschreiten wir beim Denken also mal die Lokalgrenze, denn es gibt unter denen, die meinen, sich das eventuell zuzutrauen, auch eine Vielzahl von ganz Verantwortungsbewussten, die aus gutem Grunde für Atommüll – wenn schon Atommüll – die beste, nein, die allerbeste aller Lagerstätten einfordern. So weit, so gut. Was nun aber, wenn diese Lagerstätte gar nicht in Deutschland, sondern in „Sonstwonien“ gefunden werden sollte? Will man dann immer noch auf „nationale Entsorgung“ setzen, obwohl den Verantwortungsbewussten ja oft genug schon nur das Wörtchen „national“ am Arsch vorbei geht – auch aus gutem Grunde. Die Frage scheint ja wohl leicht zu beantworten, wenn man nach „nationaler Entsorgung“ oder „allerbesten Entsorgung“ von Atommüll fragt. Allerdings fragt es sich, ob sich überhaupt jemand traut, diese Frage laut zu stellen. Wer also wirklich die beste aller allerbesten Lagerstätten für Atommüll einfordert, sollte vielleicht mal über eigene Grenzen beim Denken nach- beziehungsweise vor-denken. (bodo)

Friedensnobelpreis Die BI gratuliert

Den Friedensnobelpreis bekommt dieses Jahr die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (Ican). ➔⁵

„Endlich mal die Richtigen“, lobt die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) diesen Beschluss, denn immer wieder wurde Supra-Organisationen wie der UN

oder der EU oder Spitzenpolitikern der Preis zugesprochen, darunter Jimmy Carter und Barack Obama. Ican hat wesentlich dazu beigetragen, dass in der UN-Vollversammlung ein Atomwaffen-Verbotsvertrag verhandelt und zur Abstimmung gestellt wurde. Die Forderungen hat sich die BI zu eigen gemacht und seit geraumer Zeit wirbt sie auch auf ihrer Website um Unterstützung. Der Vertrag erklärt Atomwaffen unter internationalem Völker-

recht für illegal und verbietet allen Vertragsparteien, Atomwaffen zu entwickeln oder zu besitzen. Der Vertrag wird einen bedeutenden Beitrag zur Realisierung einer

Welt ohne Atomwaffen leisten. Im Ersten Ausschuss der Vereinten Nationen haben schließlich 123 Staaten für eine Resolution gestimmt, wodurch das Mandat für die Verhandlungskonferenz erteilt wurde. Zusätzlich haben einige

der Nationen, die damals dagegen gestimmt oder sich enthalten haben, später ihre Absicht bekundet, an den Verhandlungen teilzunehmen, allerdings hat die Bundesrepublik – anders als Italien, Schweden oder Österreich – dagegen gestimmt.

„Der Friedensnobelpreis für Ican“, so die BI, „muss die Debatte um den Verbotsvertrag neu befeuern. Man darf gespannt sein, wie eine neue Bundesregierung sich dazu verhält.“ (we)



Mit den sinkenden Preisen für sauberen Strom verlieren Union und FDP ihr letztes Argument gegen eine schnellere Energiewende. Während der Ausbau der Erneuerbaren Energien fortschreitet, bleiben die Kosten für Stromkunden konstant.

Tobias Austrup,
Greenpeace

ENTRIA Wenzel will Verlängerung

Niedersachsens bisheriger Umweltminister Stefan Wenzel hat die Arbeit der Forschungsplattform ENTRIA ➔⁶ zur Lagerung hoch radioaktiver Stoffe gewürdigt. Ein „Letter of Intent“ zur Verlängerung des Projekts sei unterschriftsreif. „Das Erbe der radioaktiven Strahlung wird uns noch eine ganze Ewigkeit belasten. Umso wichtiger, dass alle Fragen auch in Zukunft intensiv und wissenschaftlich bearbeitet werden.“ Von Bedeutung sei dabei die Ausbildung des Nachwuchses. Behörden, Unternehmen, Verbände und Universitäten bräuchten qualifiziertes Personal, um die Herausforderungen zu bewältigen. Aufsicht, Betreiber und Zivilgesellschaft müssten sich jeweils auf unabhängige wissenschaftliche Expertise verlassen können. Die

Forschungsplattform ENTRIA befasst sich mit Optionen zur Entsorgung hoch radioaktiver Stoffe und verbindet dabei technisch-naturwissenschaftliche Arbeiten mit soziotechnischen und gesellschaftspolitischen Fragestellungen. „Ein wissenschaftsbasierter und ergebnisoffener Prozess wird nur Erfolg haben, wenn die Vorschläge der Endlagerkommission zur Neuausrichtung von Forschung und Entwicklung greifen“, sagte der Minister. „Immer deutlicher zeichnet sich auch der Handlungsbedarf bei der Zwischenlagerung ab.“ Der Unfall in der amerikanischen Lagerstätte WIPP habe noch einmal die Bedeutung von Konditionierung und Alterungsmanagement deutlich gemacht. Ein kaputtes Atommüllfass hatte in New Mexico Folgekosten von vielen hundert Millionen Dollar ausgelöst. (pm)



Atom­müll­lager Eiszeiten drohen

„Die Bewegungen der Erdkruste haben enorme Auswirkungen auf Salz­lagerstätten. Das ist wichtig bei der Suche nach einem Endlager“, schrieb kürzlich Prof. Dr. Christian Hübscher von der Universität Hamburg in einem Gastbeitrag im Hamburger Abendblatt. Am Centrum für Erdsystemforschung und Nachhaltigkeit (CEN) der Universität Hamburg untersuchte er mit einem Forscherteam, wie das Salz in der Erdkruste lagert, wie das umliegende Gestein aufgebaut ist und welche Prozesse die mächtigen Schichten gebildet und verformt haben. Das Ergebnis lässt aufhorchen. Denn Hübscher und sein Forschungsteam warnen davor, Atom­müll­lager in Gebieten zu errichten, die von kommenden Eiszeiten bedroht sind: In den nächsten 100 000 Jahren wird die norddeutsche Tiefebene und der Ostseeraum nur einige 10 000 Jahre eisfrei sein: „Der Blick in die Erdgeschichte zeigt, dass die Bewegungen in der Erdkruste enorme Auswirkungen auf die Salz­lagerstätten haben.“

In den vergangenen 400 000 Jahren hatten die von Skandinaviern kommenden Gletscher der Eis-

zeiten die oberen ein bis zwei Kilometer der Erdkruste wie einen riesigen Teig durchgewalzt – und somit das Ostseebecken und die Norddeutsche Tiefebene massiv verformt und gestört. Gesteinsschichten verschoben sich gegeneinander, Sedimente wanderten im Eis, Becken und Hügel formten sich.

Die Nachwirkungen spürten wir noch heute, schreibt Hübschner, so hebe sich beispielsweise der Norden Skandinaviens seit dem Abschmelzen der letzten großen Gletscher noch immer an, da die Last des Eises fehle. Die Warnung sei klar: „Das hat auch Einfluss auf die älteren Erdschichten, die im Laufe der Jahr­millionen teilweise nach oben gedrückt wurden – wie die vielen Salzstöcke Norddeutschlands. Deshalb nehmen wir an, dass eine weitere Vereisung Norddeutschlands auch große Veränderungen an den Salzstöcken bewirken würde.“

„In unserer Forderung, Gebiete mit glazialen Ereignissen bei der End­lagersuche mit denen, die vom Vulkanismus bedroht sind, gleichzustellen und von vornherein auszuschließen, sehen wir uns durch diese Forschung voll bestätigt“, resümiert die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. (we)

Wo -20° Celsius noch warm ist: In Lappland ist die Eiszeit eigentlich nie zu Ende gegangen und wird nur für kurze Sommer unterbrochen.



Wandel im Wendland Plastikentwöhnung

Plastik ist praktisch und bunt. Aber mittlerweile kennen wir auch die Schattenseiten dieses vielseitigen Werkstoffes: Plastik kann sich nur in Mikro­teile zersetzen, aber nie mehr ganz in den natürlichen Kreislauf zurückkehren. Die Folge ist eine gigantische Verschmutzung von Land und Meer.

Aber wie sähe ein plastikarmer Lebensalltag aus? Wenn es nur nicht so schwierig wäre, sich von lieb­gewordenen Gewohnheiten zu verabschieden!

Genau hier setzt das uma Institut mit seinem kleinen Seminarhaus in Beseland bei Clenze im Süden des Wendlands an.

Nicht nur führen Ursula und David Seghezzi ihr Seminarhaus nahezu plastikfrei. In ihren Seminaren hinterfragen sie darüber hinaus die üblichen Denkgewohnheiten. „Unsere Methode ist das Naturcoaching“, sagt David Seghezzi. „Dabei holen wir die Menschen bei ihren persönlichen Fragen ab und setzen diese in Bezug zu unserer Kultur. Diese sieht die Natur leider als Objekt und benutzt sie für die eigenen Zwecke – weil es eben praktisch ist.“ Die Teilnehmenden verbringen dann einige Stunden (bis hin zu vier Tagen und Nächten) alleine im Wald – ohne Ablenkung, einzig mit der Offenheit, mit der Natur in Beziehung zu treten. „Dies ist eine spirituelle Erfahrung“, führt Ursula Seghezzi aus, „aber nicht in einem abgehobenen Sinn, sondern als handfeste Beziehungserfahrung: Pflanzen und Tiere werden zu Geschwistern, der Wald gewinnt an Würde, das Land wirkt wieder heilig.“ Und sie fügt hinzu: „Nahezu plastikfrei zu leben ist dann nicht mehr nur Verzicht, sondern die Tür zu einer neuen Lebendigkeit.“ (us)

Das Zwischenlager (Transportbehälterlager Gorleben, TBL) wird seit August 2017 vom Staat betrieben. Vorher war es in der Hand der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS), die den großen Energiekonzernen gehörte. Das TBL befindet sich nordwestlich der Straße von Gorleben nach Gedelitz und umfasst:

- ▶ Das **Fasslager** für schwach und mittel aktiven Müll (LAW und MAW). Die Nutzung begann 1984. „Blähfässer“ aufgrund von Gasentwicklung in den Gebinden und der „Transnuklearskandal“ machten das Fasslager bundesweit bekannt. Trotz Stopps der Castortransporte werden heute noch mehrmals im Jahr frische LAW- und MAW-Gebinde angeliefert.
- ▶ Die oberirdische **Castorhalle** hat Platz für 420 Behälter. Bislang lagern dort schon 113 Castoren mit hoch radioaktivem Müll. Die Behälter stehen aufrecht und werden elektronisch überwacht. Kühlung erfolgt durch Umgebungsluft, die nach außen abgeführt wird. Gegen Angriffe ist die Halle nicht ausreichend gesichert. Zurzeit sind die Castortransporte ausgesetzt.
- ▶ In der **Pilotkonditionierungsanlage** (PKA) soll getestet werden, wie hoch radioaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann, denn die Castoren sind zu schwer und groß, um sie unter Tage zu bringen. Auch schadhafte Behälter könnten in der PKA repariert werden. Bislang ist die PKA noch nie benutzt worden und darum nicht kontaminiert. Die Technik der PKA gilt inzwischen als veraltet.

Südöstlich der Straße betreibt die Bundesgesellschaft für Entsorgung (BGE) das so genannte Erkundungsbergwerk.

- ▶ Das **Bergwerk** wurde größer aufgeföhren, als es für die reine Erkundung notwendig wäre. Kritiker befürchten deshalb, dass das Endlager fast fertig gebaut ist. Derzeit ruht die Erkundung wegen des angeblichen „Neuanfangs“ bei der Endlagersuche. Ein Rückbau der martialischen Sicherung ist angekündigt. Es befindet sich kein Atommüll im Bergwerk!



Greenpeace Frankreich Forderung nach Ausstieg

Hoch radioaktive, abgebrannte Brennelemente sind in französischen und belgischen Atomkraftwerken unzureichend geschützt. Das belegt eine Studie, die Greenpeace-Frankreich in Paris den Behörden vorgelegt hat. Darin bewerten sieben unabhängige Sicherheitsexperten, wie alle 58 französischen und sieben belgischen Atomkraftwerke geschützt sind. Dabei wurden vier AKW in Frankreich, darunter Cattenom und Fessenheim sowie die Reaktoren im belgischen Tihange und Doel, gesondert untersucht. Die aus Sicherheitsgründen nicht öffentlich zugängliche Studie belegt: Abklingbecken für abgebrannte Brennelemente, in denen die höchste radioaktive Strahlung in einem Atomkraftwerk anfällt, sind kaum geschützt. Läuft das Kühlwasser aus den Becken aus, werden große Mengen Radioaktivität freigesetzt. „Statt mit viel Geld und Aufwand an oft uralten AKW herumzudoktern, müssen Frankreich und Belgien endlich den Ausstieg aus der Risikotechnologie einleiten“, sagt Heinz Smital, Atomexperte von Greenpeace in Deutschland. „Die untersuchten Atommeiler gefährden Menschen in ganz Europa.“ Sicherheitskonzepte bei Atomreaktoren konzentrieren sich überwiegend auf den Reaktor. Die Abklingbecken werden hingegen kaum betrachtet, obwohl spätestens seit dem Atomunfall von Fukushima klar ist, dass diese eine große Gefahr darstellen können. In Japan bestand nach

der Explosion in den Reaktoren die Gefahr, dass auch die Abklingbecken trockenfallen. Wochenlang versuchten die Behörden 2011 einen Ausfall der Wasserkühlung und dadurch eine zusätzliche radioaktive Verseuchung zu verhindern. Wäre die Radioaktivität der abgebrannten Brennstäbe in die Umwelt gelangt, hätten laut damals amtierendem Regierungschef Nao to Kan bis zu 50 Millionen Menschen im Großraum Tokio evakuiert werden müssen. Deutschland hat alte Atomreaktoren unmittelbar nach der Katastrophe von Fukushima aus Sicherheitsgründen stillgelegt. Damit ist auch die Anzahl der Abklingbecken reduziert worden. Grenznahe Reaktoren in Ländern wie Frankreich und Belgien gefährden jedoch weiterhin auch die deutsche Bevölkerung. Das französische Kraftwerk Fessenheim liegt rund 25 Kilometer von Freiburg entfernt. Von den belgischen Reaktoren in Tihange sind es rund 60 bis Aachen. In beiden Ballungsräumen wissen die Behörden um die Gefahr. Greenpeace hat Informationen zu den betroffenen AKW in öffentlichen Quellen recherchiert. Auf Grund der brisanten Ergebnisse macht Greenpeace Frankreich die Details lediglich den dortigen Behörden zugänglich. „Wir wollen das Risiko für die Bevölkerung nicht noch größer machen, als es ohnehin schon ist. Jetzt müssen die Behörden für die Sicherheit der Menschen sorgen. Der wirksamste Schritt dafür ist, Atomkraftwerke abzuschalten“, so Smital. (pm)

”
Statt an uralten AKWs herumzudoktern, müssen Frankreich und Belgien endlich den Ausstieg aus der Risikotechnologie einleiten.

Heinz Smital,
Greenpeace

Neckar-Castor Protest im Wasser

Anti-Atom-AktivistInnen von *Robin Wood* haben Mitte Oktober gegen den dritten Castortransport auf dem Neckar protestiert. In der Nähe der Schleuse Gundelsheim haben sich vier Schwimmer/-innen ins Wasser begeben und dort ein „Stoppt CASTOR!“-Banner hochgehalten. Die Umweltschutzorganisation forderte den Energiekonzern EnBW sowie die Landesregierung auf, die unsinnige und gefährliche Atommüll-Verschlebung auf dem Neckar zu stoppen und die Produktion weiteren Atommülls zu unterlassen. *Robin Wood* mahnte stattdessen ein schlüssiges Konzept für den Umgang mit den strahlenden Hinterlassenschaften der Atom-

dustrie an. Weitere zwei Schiffs-transporte mit hochradioaktivem Atommüll von Neckarwestheim nach Obrigheim sollen noch folgen. Mit der Aktion unterstützten die Aktivist/-innen Proteste des Bündnisses Neckar castorfrei. ☞⁷ „Manche meinen, der Müll sei nun mal da und deshalb habe es keinen Sinn mehr, dagegen zu protestieren. Das halten wir für falsch. Proteste sind dringend nötig, um darauf aufmerksam zu machen, wie konzept- und verantwortungslos Konzerne und Politik mit dem lebensgefährlichen Müll umgehen“, sagte *Robin Wood*-Aktivist Julian Smaluhn. „Es kann nicht sein, dass weiterhin Atommüll produziert wird, während die Allgemeinheit die Fehler der Atomwirtschaft ausbaden muss!“ (pm)



Buchvorstellung Psychologie im Umweltschutz

Das schon 2016 erschienene Handbuch „Psychologie im Umweltschutz“ fasst den Wissensschatz der angewandten Umweltpsychologie wissenschaftlich fundiert und praxisnah zusammen. Ziel ist es, Umweltschützer/-innen dabei zu unterstützen, ihre Umweltkommunikation und -projekte wirk-

samer zu gestalten. Dabei stehen Fragen nach den anzusprechenden Emotionen und der Selbstwirksamkeit im Fokus, aber auch, wie es gelingen kann, Gewohnheiten zu durchbrechen oder Wissen in Handeln umzusetzen. Das Buch wird vom Wandelwerk herausgegeben und kann als Hardcover gekauft oder als PDF im Internet ☞⁸ heruntergeladen werden. (ac)

„Ich bin entsetzt, wie wenig vom Sachverstand der hier Engagierten Eingang in die Wahlprogramme der Parteien gefunden hat. So bleibt außerparlamentarisches Engagement als Korrektiv weiterhin bitter nötig, egal wie in Niedersachsen oder im Bund neue Koalitionen gebildet werden.“

Wolfgang Ehmke,
Sprecher der
Bürgerinitiative

In drei Phasen werden die Suchräume für ein Atom-„End“-Lager zunehmend eingeengt. Die Vorschläge der Bundes-Gesellschaft für Endlagerung (BGE) werden am Ende jeder Phase vom Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) geprüft. Damit unterrichtet das Umweltministerium Bundestag Bundesrat. Jede Phase endet mit einem Gesetz.

Phase 1: Ermittlung der Regionen für die *übertägige* Erkundung

Die BGE sammelt vorhandene Geo-Daten und wendet festgelegte Kriterien und Anforderungen auf sie an. Dann veröffentlicht sie ihren Vorschlag für Teilgebiete, den die „Fachkonferenz Teilgebiete“ aus Bürgern, Gemeindevertretern und Experten erörtert. Die BGE führt Sicherheitsuntersuchungen für die Teilgebiete durch und entwickelt Programme für die übertägige Erkundung. Nach Vorschlag der Standortregionen, richtet das BfE je eine „Regionalkonferenz“ ein, über die die Öffentlichkeit Stellung nehmen und Nachprüfungen fordern kann. Im „Rat der Regionen“ kommen Vertreter der Regionalkonferenzen mit Vertretern der Zwischenlagergemeinden zusammen und begleiten das Verfahren aus überregionaler Sicht.

Phase 2: Ermittlung der Standorte für die *untertägige* Erkundung

Die BGE erkundet übertägig, führt weiterentwickelte Sicherheitsuntersuchungen sowie sozioökonomische Potenzialanalysen durch. Sie wendet zur Ermittlung der Orte für die untertägige Erkundung erneut Kriterien und Anforderungen an und erarbeitet Programme für die untertägige Erkundung.

Phase 3: Festlegung des Standortes für die Endlagerung

Die BGE erkundet die Standorte untertägig, wendet festgelegte Prüfkriterien an, führt Sicherheitsuntersuchungen durch. Sie wendet erneut die gesetzlich festgelegten Kriterien an und erstellt dann einen Standortvorschlag für das Endlager einschließlich eines zugrunde liegenden Standortvergleichs von mindestens zwei Standorten.



Linkliste

Alle Links zu dieser Ausgabe der GR gibt es gesammelt unter

☞ www.gorleben-rundschau.de/links

- ☞¹ www.oeko.de/forschung-beratung/themen/nukleartechnik-und-anlagensicherheit/endlagerstandortsuche-im-schulunterricht/
- ☞² www.bmub.bund.de/themen/atomenergie-strahlenschutz/nukleare-sicherheit/details-nukleare-sicherheit/artikel/rueckfuehrung-der-wiederaufbereitungsabfaelle/
- ☞³ <http://umweltfairaendern.de/2017/09/castor-atommuell-transporte-genehmigungsverfahren-in-brokdorf-isar-philippsburg-und-biblis-beginnen/>
- ☞⁴ www.stk.niedersachsen.de/aktuelles/presseinformationen/antrag-des-landes-niedersachsen-fuer-den-bundesrat-verursacher-zur-bewaeltigung-atomarer-altlasten-heranziehen-155374.html
- ☞⁵ www.icanw.de
- ☞⁶ www.entria.de
- ☞⁷ www.neckar-castorfrei.de
- ☞⁸ www.wandel-werk.de/handbuch.html



KRB



Atomkraft rollt aufs

Erneuerbare Energien zwingen die Atomindustrie in die Knie

Abstellgleis

Analyse „Die Renaissance der Atomkraft ist eine Chimäre“, sagte der deutsche Energie- und Atompolitikberater Mycle Schneider bei der Vorstellung des diesjährigen Berichts über die Situation der internationalen Atomindustrie. Erneuerbare Energien haben nicht nur in China die Atomenergie längst überflügelt. Von [Angelika Blank](#)

Börsenverluste von 90 Prozent und mehr, langanhaltende Verzögerungen beim Bau neuer Reaktoren und vor allem die exponentiell zunehmende Konkurrenz Erneuerbarer Energien machen der Atomindustrie schwer zu schaffen. So lautet das Kurz-Resümee des „World Nuclear Industry Status Report 2017“ ¹, den der Energie- und Atomberater Mycle Schneider zunächst in Paris und Ende September auch im wendländischen Trebel vorstellte.

Schneider war auf Einladung der Europapolitikerin Rebecca Harms nach Lüchow-Dannenberg gekommen. Die Grüne Fraktion im Europäischen Parlament finanziert den Report schon seit zehn Jahren gemeinsam mit anderen Institutionen.

Der Report legt dar, dass es ab 1992 zu einem rapiden Abfall im Neubau von AKWs kam – seitdem haben die Bauaktivitäten nie wieder auch nicht annähernd das Niveau der 1980er-Jahre erreicht. Lediglich in China wird die Atomkraft noch massiv ausgebaut. 1976 waren es weltweit noch 44 Atomkraftwerke, deren Bau be-

gonnen wurde, im Jahre 2017 nurmehr ein einziges in Indien. Insgesamt befinden sich derzeit 52 Reaktoren im Bau – davon alleine zwanzig in China.

» Erneuerbare Energien auf dem Vormarsch

Schneiders Report beinhaltet zahlreiche Grafiken, die zeigen, wie sehr die Produktionsschere zwischen Erneuerbaren Energien und Atomkraft inzwischen auseinanderklafft. Weltweit hat demnach die Produktion von Windenergie bereits 2010 die Menge des produzierten Atomstroms erreicht. Seitdem hat sich die Menge von Strom aus Wind mehr als vervierfacht – im Gegensatz zur Atomkraft, die sich seit 2010 im Sinkflug befindet. Auch die Kapazitätswachse von Solarstrom liegen weltweit deutlich über denen von Atomstrom.

» Aktien im Sinkflug

Das britische Reaktorprojekt Hinkley Point C sei ein Beispiel dafür, so Schneider, wie gegen den welt-

„
Dem Rückgang zum Trotz sind immer noch Hunderte AKW weltweit in Betrieb

Analyse Seit Jahren macht der Report Mut, weil er schnörkellos nachweisen kann, dass die Atomkraft – ginge es um Wettbewerb – nicht nur in Deutschland, sondern weltweit ein Auslaufmodell ist. Es geht in Ländern, die immer noch auf Atomkraft setzen, aber eben nicht nur um die Wirtschaftlichkeit. Nukleare Teilhabe mit Blick auf die Bombe wie in der Türkei und in Indien ist, wie das Prestigedenken, eine der Triebfedern. Von **Wolfgang Ehmke**

Die Ausbaupläne in Indien sind erschreckend: Dort gilt die Atomkraft im Vergleich und als Ersatz zur Kohleverbrennung als „green energy“. Bisher sind 23 Reaktoren in Betrieb. Premierminister Manmohan Singh möchte die AKW-Kapazitäten von 4,78 Gigawatt 2009 auf 470 Gigawatt im Jahr 2050 ver Hundertfachen. Dafür sollen mehrere Mega-AKW-Parks entstehen. Doch Atomkraft wird nicht nur in Indien als „Grüne Energie“ gehandelt, das gilt auch für China. Im Reich der Mitte sollen bis 2030 sogar 110 Reaktoren am Netz sein. Übrigens: Auch beim Bau des umstrittenen Atomkraftwerks Hinkley Point in Großbritannien tritt China als Teilhaber des Baukonsortiums als finanzieller Retter auf. Am Bau von Atomanlagen wird schließlich kräftig verdient. Zum Glück sind die Ausbaupläne in Indien und China bisher nur Zahlenspiele. Allerdings erzählen die Zahlen nichts von den Repressionen, denen Menschen in diesen Ländern ausgesetzt sind, wenn sie sich gegen die Atomkraft zur Wehr setzen. Mächtig Druck macht deshalb die Atomlobby, die sich unter dem Dach von Foratom – the Voice of the European Nuclear Industry – versammelt hat und nach eigenen Angaben 150 Organisationen, Verbände und Einzelpersonen repräsentiert. Foratom stellt sich gern als „grass roots“-Bewegung dar. Mit ihrer Kampagne „Nuclear for Climate“ war sie erst kürzlich bei allen Veranstaltungen der Weltklimakonferenz in Bonn CO_2 präsent. Sie dringt darauf, die Atomkraft als unveräußerliches Recht der Staaten zur Reduktion von CO_2 -Emissionen in Dokumenten und Beschlüssen einfließen zu lassen, eben als „green energy“!



Mycle Schneider berät Politiker, Institutionen und Nichtregierungsorganisationen hinsichtlich der zivilen und militärischen Nutzung der Kernenergie, darunter die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO), Greenpeace International und die Organisation Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW)

weiten Trend und gegen jegliche wirtschaftliche Überlegungen ein überhöhter Strompreis über Jahrzehnte in Kauf genommen werden soll, weil sich die konservative Regierung politisch festgelegt hat. Harms: „Österreich und Luxemburg klagen am Europäischen Gerichtshof gegen das britische Vergütungskonzept – mit zweifelhafter Aussicht auf Erfolg. Denn die Atomenergie genießt durch den EURATOM-Vertrag eine Sonderstellung, die Subventionen ermöglicht, die für andere Technologien ausgeschlossen ist. Wir fordern deshalb eine Überarbeitung des Vertrags. Die Sonderstellung der Atomenergie muss beendet werden.“

Trotz der sich im freien Fall befindlichen Investitionen in den Neubau von Atomkraftwerken (AKWs) werden aber weltweit offiziell immer noch über 400 davon betrieben. „Doch viele von ihnen sind seit längerer Zeit nicht mehr gelaufen“, so Schneider. In Statistiken würde die Atomindustrie aber alle als „laufend“ geltende AKWs nennen, um ihr Image aufzupolieren.

Schon Jahre vor dem Fukushima-GAU sind international die Börsennotierungen für die Atomindustrie massiv gesunken. Ein nahe liegendes Beispiel ist die Aktie von E.ON Deutschland, die im Jahr 2008 einen Spitzenpreis von 45,60 Euro erzielte und dann bis auf 8,31 Euro im Juli 2017 gefallen ist. Die finanzielle Misere der AKW-

Betreiber ist aber für Mycle Schneider nicht unbedingt ein Grund zur Freude: „Derzeit beträgt das Durchschnittsalter der als in Betrieb gemeldeten AKWs 29,3 Jahre.“ Diese Tatsache bereitet Schneider Unbehagen. „Ich befürchte, dass die Sicherheit leidet, je älter die laufenden Atomkraftwerke sind.“ So hatte zum Beispiel der ehemalige US-Präsident Barack Obama eine Laufzeitverlängerung bis zu 60 Jahren zugelassen. Rebecca Harms betont in diesem Zusammenhang, dass es ihr auch wegen dieses Sicherheitsrisikos darum geht, ähnlich dem „World Nuclear Industry Status Report“ auch einen Statusbericht für Atommüll zu initiieren. „Wenn Länder, die heute noch überlegen, in die Risikotechnologie einzusteigen, nicht nur sehen, was es kostet, die Reaktoren zu bauen, sondern auch Klarheit darüber bekommen, was am Ende die Entsorgung kostet, dann würde es sich ein Land wie Polen vielleicht nochmal überlegen.“ Für Schneider und die Mitautoren des Statusberichts ist klar, dass über die Zukunft der Atomindustrie nicht mehr debattiert werden muss. Sie sei am Ende – wie schon der ehemalige Boss des öffentlichen amerikanischen Stromunternehmens TVA, David Freeman, festgestellt hatte. „Es geht jetzt darum, die Sicherheit der noch laufenden Atomkraftwerke genau im Auge zu behalten“, resümiert Schneider.

Die gescheiterte Gemeinschaft

Es gibt gute Gründe für die Auflösung der Atomgemeinschaft EURATOM

Analyse Die Europäische Atomgemeinschaft EURATOM ist ein rotes Tuch für alle Kernkraftgegner. Deren Auflösung ist schnell gefordert. Ein genauer Blick auf diese merkwürdige Institution zeigt, dass die EURATOM-Auflösung sogar aus Sicherheitsgründen dringend geboten ist. Nachdruck eines Artikels von **Aribert Peters**, dem Vorsitzenden des Bunds der Energieverbraucher.

Die Europäische Atomgemeinschaft – früher EAG, heute EURATOM – wurde am 25. März 1957 zusammen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet. Während sich die Gemeinschaft der europäischen Staaten im Verlauf der Jahrzehnte gewandelt und zur Europäischen Union zusammengeschlossen hat, ist die EURATOM-Vereinbarung \rightarrow^3 praktisch unverändert geblieben. Sie führt ein geisterhaftes Schattendasein inmitten der übrigen EU-Bürokratie, verwaltet jedoch ein Budget von etlichen Milliarden Euro.

Die wahren Katastrophen sind jedoch nicht die parlamentarisch unkontrollierten Geldflüsse der EURATOM \rightarrow^4 oder das anachronistische Ziel, eine „schnelle Bildung und Entwicklung von Kernindustrien“ herbeizuführen. Viel kritischer ist zu sehen, dass die atomare Sicherheit in den Händen einer supranationalen Organisation liegt, die sich jeder Kontrolle entzieht.

Während die Atomwirtschaft ihn als unverzichtbaren Bestandteil der Sicherheit der Kerntechnik betrachtet, spricht viel für eine genau umgekehrte Sichtweise: Der EURATOM-Vertrag ist ein wesentliches Hindernis für die Sicherheit der Atomtechnik. Das gilt insbesondere für die Kontrolle über spaltbares Material. Hier übernimmt EURATOM völkerrechtlich die Verantwortlichkeit für alle EU-Staaten, ohne eine irgendwie geartete Kontrolle zu gestalten. Die EURATOM dient als juristischer Abwehrmantel der Atomindustrie nach außen, während im Inneren alle Kontrollen tatsächlich weitgehend unkoordiniert von den Einzelstaaten ausgeübt werden. In Deutschland wurde die Kontrolle sogar auf die einzelnen Bundesländer übertragen. Niemand geringeres als die Ethik-Kommission für den Atomausstieg

hat daher 2011 im Entwurf ihres Schlussdokuments der Bundesregierung die Kündigung des EURATOM-Vertrags als „die bessere Lösung“ empfohlen. Denn immerhin trägt die Bundesrepublik mit rund 30 Prozent erheblich zur Finanzierung von EURATOM bei.

» Das Phantom

Unter EURATOM stellt man sich ein nobles Gebäude in Brüssel vor. Wer aber im Telefonbuch danach sucht, wird dort ebensowenig fündig wie im Organigramm der EU. Nicht einmal eine eigene Internetseite hat EURATOM, keine eigenen Angestellten und keine Geschäftsräume. EURATOM ist ein Phantom, unsichtbar eingeflochten in die EU. EURATOM hat nicht nur keine Adresse, sondern auch keinen politischen Willen und auch kaum Möglichkeiten, auf die Mitgliedsstaaten Einfluss zu nehmen. So ist auf Drängen der Atommächte Frankreich und Großbritannien die Verantwortlichkeit für die Kerntechnik einschließlich der Endlagerung bei den Nationalstaaten verblieben. Dabei hat die EU-Kommission 161 Inspektoren angestellt, die unter der Bezeichnung „EURATOM-Safeguards“ den Verbleib aller zivil genutzter Kernbrennstoffe in den Mitgliedsstaaten kontrollieren und verfolgen. Unter der Firmierung „EURATOM“ kann die EU-Kommission mit Zustimmung des EU-Rates Beschlüsse fassen und als Richtlinie verbindlich machen, ohne das EU-Parlament zu betei-

Die atomare Sicherheit Europas liegt in den Händen einer Organisation, die sich jeder Kontrolle entzieht

gen. Auch Ausgaben können ohne die Haushaltskontrolle des Parlaments getätigt werden. Weite Teile der Bestimmungen des EURATOM-Vertrages sind von der Entwicklung überholt und werden, auf der Grundlage eines erklärten Konsenses zwischen den Mitgliedsstaaten der Union, ignoriert. Die mit dem Vertrag angestrebten Hauptziele werden von einer Mehrzahl der Mitgliedsstaaten nicht weiter verfolgt.

» Nukleare Sicherheit

Für den Strahlenschutz hat die EU Richtlinien mit konkreten Grenzwerten erlassen, die für alle Mitgliedsstaaten verbindlich sind. Für den sicheren Betrieb von kerntechnischen Anlagen erweist sich das EURATOM-Konstrukt hingegen als gravierender Hemmschuh. Die von der Bundesregierung eingesetzte Ethik-Kommission schreibt in ihrem Abschlussbericht: „Der Europäische Gerichtshof hat bereits vor zehn Jahren darauf hingewiesen, dass die Europäische Union auch für die Sicherheit von kerntechnischen Anlagen zuständig ist. Die Zwecksetzung des EURATOM-Vertrages, die Bevölkerung und Arbeitskräfte (in AKWs, *Anm. d. Red.*) auch vor den Gefahren radioaktiver Strahlung zu schützen, wurde erst über die Richtlinie 2009/71/EURATOM als sekundäres Gemeinschaftsrecht in den Blick genommen.“

» Wissenschaftliche Betrachtung

In einer Untersuchung für die „Zukunft des Europäischen Atomvertrages“ kommt Dr. Severin Fischer vom „Center for Security Studies“ der ETH Zürich zu folgendem Ergebnis: „Durch seinen Charakter als Sektorvertrag gilt der EURATOM-Vertrag als *lex specialis* mit ‚Sachbereichskompetenzen‘. Dadurch wird eine paradox anmu-

Aribert Peters studierte in Berlin und Tübingen Physik und promovierte 1981 auf dem Gebiet der Stadt- und Regionalplanung. 1987 gründete er den Bund der Energieverbraucher, dessen Vorsitz er seitdem innehat. Peters ist verheiratet und hat drei Kinder.





tende Situation hervorgerufen, in der die weiterentwickelte EU-Umweltpolitik nicht regulierend in die Fragen rund um den Umgang mit der Kernenergie eingreifen kann, da durch den EURATOM-Vertrag hierfür eine spezifische Zuständigkeit geschaffen wurde. Der EURATOM-Vertrag verhindert somit in vielen Bereichen den Eingriff der EU in Angelegenheiten des Nationalstaats, der über das EU-Umwelkapitel möglich wäre. Dies erscheint insbesondere in Fragen des Umgangs mit nuklearer Sicherheit als relevant. Während der Vertrag von Lissabon ⁵ (...) die Grundsätze der ‚Vorsorge und Vorbeugung‘ als konstituierend für die EU-Umweltpolitik festlegt und den Grundsatz bekräftigt, unter Anwendung des Verursacherprinzips ‚Umweltbeeinträchtigungen mit Vorrang an ihrem Ursprung zu bekämpfen‘, werden im EURATOM-Vertrag lediglich ‚Grundnormen für den Gesundheitsschutz‘ (...) gefordert, die zunächst weder Verursacher

Unterzeichnung der Römischen Verträge – und damit des EAG-Abkommens (später EURATOM) – am 25. März 1957 durch die Regierungschefs von Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Deutschland und den Niederlanden.

noch Quelle betreffen. Der EURATOM-Vertrag bleibt damit in der Eingriffstiefe weit hinter dem EU-Recht zurück.“

» Sicherheitsexperten besorgt

Professor Wolfgang Renneberg, ehemals Leiter der Abteilung für Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium, sagte im Rahmen einer Bundestagsanhörung: „Die Europäische Kommission verfügt nicht über die fachliche kerntechnische Kompetenz, um die Einhaltung von Sicherheitsnormen eigenständig und unabhängig überprüfen zu können. Sie ist insoweit vollständig abhängig von der Expertise der Mitgliedsstaaten.“ Hierzu dient die „European Nuclear Safety Regulators Group“ (ENSREG), die den Rat und die Kommission berät. Hinter der ENSREG steht in nahezu gleicher Besetzung die „Western European Nuclear Regulators Association“ (WENRA), die unab-

hängig von der Kommission tagt und über eine Arbeitsstruktur verfügt, über die die Fachexperten der Mitgliedsstaaten im Rahmen definierter Projekte insbesondere zur Verständigung über Sicherheitsanforderungen zusammenarbeiten.

Die nukleare Sicherheitskultur und die Risikokommunikation der Europäischen Kommission wie auch die der Mitgliedsstaaten ist bislang weitgehend geprägt gewesen von einer affirmativen Sicherheitsrhetorik, die sich nicht an den strengen Maßstäben des Standes von Wissenschaft und Technik orientiert, sondern an genehmigten, aber sicherheitstechnisch veralteten Konzepten. Statt die Risiken der alten Anlagen am Maßstab moderner Sicherheitsziele zu evaluieren, wurde Sicherheit am Maßstab bestehender Sicherheitskonzepte demonstriert, ohne die verbleibenden Risiken zu nennen. Professor Wegner kritisiert: „Anders als vielfach be-



hauptet, trägt der EURATOM-Vertrag zu einer europäischen Kontrolle der Sicherheit der Atomenergieanlagen und der Entsorgung in der Gemeinschaft nur wenig bei. Die entsprechenden Aktivitäten von EURATOM beschränken sich vielmehr weitestgehend auf eine bloße finanzielle Förderung dieses Anliegens. Für eine weitergehende Politik zur normativen Sicherung der Anlagensicherheit enthält der EURATOM-Vertrag nach herrschender Meinung keine hinreichende Rechtsgrundlage.

Bemühungen der Kommission zur Entwicklung wenigstens der Grundlagen einer gemeinsamen Anlagensicherheits- und Entsorgungspolitik sind – trotz der erheblichen neuen Regelungsbedarfe, die sich aus dem Beitritt der osteuropäischen Mitgliedsstaaten ergeben – bislang am Widerstand der Mitgliedsstaaten gescheitert. Ursächlich hierfür ist nicht zuletzt der Streit um

Art und Ausmaß der der Gemeinschaft auf diesem Gebiet zustehenden Kompetenzen. Damit fehlt es in der Europäischen Union ausgerechnet an der Stelle an einem einheitlichen Anlagensicherheits- und Umweltschutzrecht, wo dieses wegen der potenziell europaweiten Auswirkungen von Unfällen am ehesten erforderlich wäre. Nach einer Abschaffung des EURATOM-Vertrages stünde dieser der Entwicklung einer eigenständigen Anlagensicherheitspolitik der Europäischen Gemeinschaft (...) nicht mehr entgegen. Das Ende des EURATOM-Vertrages wird in dieser Sicht die Entwicklung des vielfach geforderten einheitlichen europäischen Anlagensicherheitsrechts auf dem Gebiet der Atomenergienutzung eher befördern als behindern.“

» Mehr Sicherheit ohne EURATOM

Für die Sicherheit kerntechnischer Anlagen haben EURATOM

Selbst das Inventar von Castorbehältern steht im Eigentum der EURATOM-Tochter ESA

und die EU praktisch keine Regelung getroffen. Das änderte sich erst nach dem Unfall von Fukushima. Schnell wurde ein Stress-test für alle Atomanlagen verordnet und eine schärfere Richtlinie zur Sicherheit kerntechnischer Anlagen auf den Weg gebracht. Aber selbst hier blieb es nach Einschätzung von Professor Renneberg bei einer symbolischen Gesetzgebung – selbst das deutsche Atomgesetz von 1959 war weiter.

» Internationale Ebene

Für die Genehmigung und den Betrieb von Atomkraftwerken sind in Deutschland wie in den anderen EU-Staaten in erster Linie nationale Sicherheitsvorschriften und Behörden zuständig. Die Zuständigkeit für nukleare Sicherheit ist auf europäischer und internationaler Ebene hochgradig unübersichtlich und zersplittert, denn es gibt eine ganze Reihe von internationalen Organisationen, die sich mit



Linkliste

Alle Links zu dieser Ausgabe der GR:
 ➔ www.gorleben-rundschau.de/links

- ➔¹ <https://www.worldnuclearreport.org/-2017-.html>
- ➔² <https://www.cop23.de/>
- ➔³ <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=LEGISSUM:xy0024>
- ➔⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Atomgemeinschaft
- ➔⁵ <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:12012A/TXT&from=EN>
- ➔⁶ <http://www.iter.org/>
- ➔⁷ https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/589191/The_United_Kingdoms_exit_from_and_partnership_with_the_EU_Web.pdf

den Sicherheitsfragen der Kerntechnik befassen. Die Zuständigkeit für nukleare Sicherheit in Europa verteilt sich auf unterschiedliche Organisationen: EURATOM, ENSO, NEA, ENSRA sowie ENSREG und damit WENRA. Alle diese Institutionen bereiten Entscheidungen auf EURATOM-Ebene vor.

Kontrolliert wird Europa insgesamt wiederum durch die Internationale Atomenergie-Kommission (IAEA) der Vereinten Nationen (UN) mit Sitz in Wien. Sie hat über 2000 Beschäftigte, führt weltweit Buch über Unfälle in kerntechnischen Anlagen, überwacht die Einhaltung des Atomwaffensperrvertrags, kontrolliert den Verbleib spaltbaren Materials und führt auch selbst Forschungen zur nuklearen Sicherheit durch.

» Eigentumsfrage

Das gesamte spaltbare Material in den EURATOM-Mitgliedsländern ist formell Eigentum der 1960 gegründeten und 17 Mitarbeiter starken EURATOM-Tochter ESA („EURATOM Supply Agency“, nicht zu verwechseln mit der ebenfalls ESA abgekürzten Raumfahrtbehörde „European Space Agency“). Das unbeschränkte Nutzungsrecht haben aber die jeweiligen Unternehmen. Der EURATOM-Vertrag sieht ein strenges Überwachungssystem für den Verbleib von zivilem Kernmaterial vor. Wie gut die Kontrolle waffenfähigen Materials in der EU tatsächlich funktioniert und wie gut die Schnittstellen zur militärischen Verwendung in Frankreich und Großbritannien definiert sind, darüber fehlen kri-

Die Zukunft von EURATOM wird sogar im Europa-Parlament skeptisch gesehen

tische und unabhängige Berichte. Das Eigentumsrecht der Atomgemeinschaft an den besonderen spaltbaren Stoffen wird als formaljuristische Fassade verstanden, die der Verfügungsmacht der nationalen Kernbrennstoffbesitzer keine effektiven Schranken auferlegt. Seit 1993 hat die Internationale Atomenergiebehörde IAEA insgesamt über 1300 Fälle von Atomschmuggel registriert. Allein zwischen 1996 und 2006 verzeichnete die IAEA insgesamt 280 Vorkommnisse, davon 18 Fälle von Nuklearschmuggel mit hoch angereichertem Uran oder Plutonium. Der Bericht der EU über die EURATOM-Safeguards stellt im Jahresbericht 2014 keinerlei Fälle von unzulässiger Verbreitung radioaktiven Materials fest.

» Milliardengrab ITER

Über den EURATOM-Etat werden Forschungen zur Strahlensicherheit und die Finanzierung des experimentellen Fusionsreaktors ITER finanziert ➔⁶. Sie sind Bestandteil des Forschungsprogramms „Horizont 2020“ der EU, das von 2014 bis 2020 läuft und ein Volumen von 77 Milliarden Euro hat. Für Kernforschung bewilligte das EU-Parlament im Jahr 2015 zusätzlich 1,6 Milliarden Euro für den Zeitraum von 2014 bis 2018 und darüber hinaus eine Unterstützung des ITER-Fusionsreaktors in Höhe von 2,5 Milliarden Euro. Für die Jahre 2019 und 2020 sind 770 Millionen Euro für Nuklearforschung geplant. EURATOM ist mit 45 Prozent an der ITER-Finanzierung beteiligt. ITER wird von Kritikern als Milliardengrab bezeichnet: Es sei extrem unwahrscheinlich,

dass es jemals zu einer Nutzung der Kernfusion kommen wird, die sich gegen erneuerbare Energien wirtschaftlich behaupten kann.

» Widerstandsbewegung

Die Bundesrepublik Deutschland hat bereits zur Schlussakte von Lissabon im Dezember 2007 zusammen mit anderen europäischen Mitgliedsstaaten eine Erklärung abgegeben, in der sie eine zeitgemäße Veränderung des EURATOM-Vertrages fordert. Die erklärenden Mitgliedsstaaten unterstützten zudem den Gedanken einer Konferenz der Vertreter der Regierungen, die „so rasch wie möglich einberufen“ werden sollte. Sie hat nie stattgefunden! Deutschland hat auch keinerlei Anstrengungen mehr unternommen, eine solche Konferenz einzuberufen. Schlimmer noch: Die Bundesregierung sieht derzeit keinen Handlungsbedarf in Sachen EURATOM-Vertrag.

Ebenfalls im Jahr 2007 forderten 630 000 Unterzeichner eine Beendigung des EURATOM-Vertrags und überreichten ihre Unterschrift dem zuständigen EU-Energiekommissar.

Im Jahr 2012 forderten die damaligen Oppositionsparteien SPD und Grüne im Bundestag konkrete Beschlüsse zur Änderung der EURATOM-Verträge.

Grüne und Linke plädierten zudem für einen neuen europäischen Vertrag, der die Förderung und Nutzung der erneuerbaren Energien zum energiepolitischen Hauptziel erhebt. Sie forderten „die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für erneuerbare Energien als Ersatz für EURATOM“.

Auch im Europäischen Parlament wurde die Zukunft von EURATOM schon 2007 skeptisch gesehen: „Es ist dringend geboten, ein solides Gemeinschaftsrecht für die nukleare Sicherheit, die Behandlung der radioaktiven Abfälle und die Stilllegung kerntechnischer Anlagen zu entwickeln.“

» EURATOM-Ausstieg

Die bisherige Bundesregierung bestreitet allerdings, dass ein Aus-



stieg aus dem EURATOM-Vertrag überhaupt möglich ist, weil der Vertrag keinen Austritt vorsieht. Jedenfalls hat Großbritannien nun im Zusammenhang mit dem Brexit auch seinen EURATOM-Austritt angekündigt. ➔⁷

Ein Gutachten von Professor Dr. Bernhard Wegener von der Universität Erlangen-Nürnberg aus dem Jahr 2007 hält dagegen einen Austritt Deutschlands sehr wohl für möglich: „Die Europäische Atomgemeinschaft ist in ihren Hauptzielsetzungen gescheitert. Weite Bereiche des primären EURATOM-Rechts werden nach einem erklärten Konsens der Mitgliedsstaaten nicht mehr angewendet. (...) Die Entscheidungsstrukturen der Atomgemeinschaft entsprechen nicht dem in der Europäischen Union allgemein erreichten und vom Grundgesetz prinzipiell zur Bedingung einer Mitwirkung Deutschlands erhobenen demokratischen Standard. (...) Die unter Berufung auf die überlebten Strukturen des EURATOM-Vertrages ermöglichte traditionelle Ausklammerung der Atomenergie-wirtschaft aus dem allgemeinen Wettbewerbsrecht des EG-Vertrages ist vor dem Hintergrund einer veränderten technischen und energiepolitischen Situation nicht länger zu rechtfertigen. Der EU-

RATOM-Vertrag steht dem nach EG-Recht zu entwickelnden freien Binnenmarkt für Energie entgegen. (...) EURATOM wird dementsprechend heute in der einschlägigen Literatur als die ‚gescheiterte Gemeinschaft‘ bezeichnet. Die Bewertungen EURATOMs sind dabei fast durchweg negativ. So wird von einem ‚Drama‘, einer ‚Tragödie‘, einem ‚Alptraum‘, einem ‚düsteren Kapitel der europäischen Integrationsgeschichte‘, von ‚Dauerkrise‘, ‚Paralyse‘, ‚Agonie‘ und von ‚allgemeiner Gering-schätzung‘ gesprochen.

Auch die in der Präambel zum Ausdruck gebrachte Entschlossenheit der Vertragsstaaten, ‚die Voraussetzungen für die Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie zu schaffen‘ und ihre Überzeugung, ‚dass die Kernenergie eine unentbehrliche Hilfsquelle für die Entwicklung und Belebung der Wirtschaft und für den friedlichen Fortschritt darstellt‘, werden heute nur noch von einer Minderheit geteilt. Auch wenn und weil weite Teile des EURATOM-Vertrages heute ignoriert werden, sorgt die Fortexistenz des Vertrages für erhebliche Rechtsunsicherheit. Der EURATOM-Vertrag schafft bis heute die Voraussetzungen für eine unkontrollierte Subventionierung der Atomenergie. Die

Protest gegen den EURATOM-Vertrag gibt es mittlerweile in ganz Europa.

Atomenergie wird gegenüber anderen im angestrebten freien Binnenmarkt für Energie konkurrierenden Energieträgern ohne sachlichen Grund privilegiert.“

» Schlussfolgerung

„Eine Kündigung und Auflösung des EURATOM-Vertrages schüfe zudem die – nicht zuletzt mit Blick auf die Erweiterung um die neuen osteuropäischen Mitgliedsstaaten unerlässlich erscheinenden – Voraussetzungen für die Entwicklung eines europaweit harmonisierten Rechtsregimes für den Betrieb und die Sicherheit von Atomenergieanlagen und für die Entsorgung“, so Professor Wegener. Und auch Professor Renneberg ist ähnlicher Ansicht: „Die nuklearen Sicherheitsdirektiven dienen bis heute eher zur Verwässerung klarer Anforderungen an die nukleare Sicherheit. Ein Konsens in diesen Fragen – europäisch parlamentarisch abgestimmt – brächte auf absehbare Zeit keinen Fortschritt. Es wäre zielgerichteter, zunächst auf eine Streichung des Förderzwecks im EURATOM-Vertrag hinzuarbeiten. Das geht in jedem Fall. Wenn es hierzu keine Einigung gibt, dann auch nicht zu allen anderen weitergehenden Fragen.“



Taschen & Beutel



allerlei Fahnen

diverse

www.bi-luechow-dannenberg.de



Kapuzenjacken



Bio-Baumwolle & fairtrade
verschiedene Farben & Motive

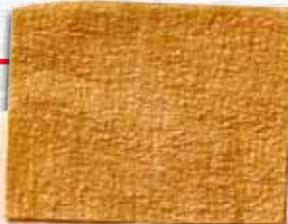


Kapuzenpullover





T-Shirts



Weich aber fair!

Unsere beliebten Textilien mit der Wendlandsonne beschenken Euch „faire Weihnachten“. Ob als Weihnachtsgeschenk, Geburtstagsgeschenk oder für Euch selbst – am Ende profitiert auf jeden Fall die Umwelt. Bio-Baumwolle und fairer Handel sorgen für bessere Arbeitsbedingungen in den Herstellungsländern und eine umweltfreundlichere Produktion. Unsere Spendenempfehlungen zum Erwerb der Textilien sorgen für ein gutes Klima in euren Geldbeuteln und unterstützen die Arbeit der BI.

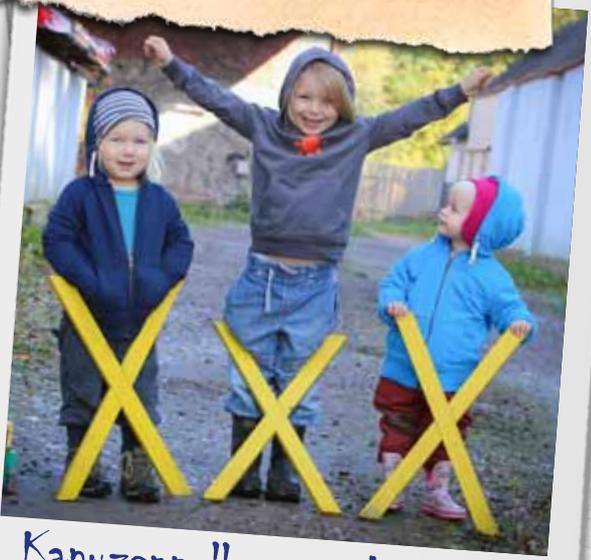
In unserem Webshop findet ihr darüber hinaus eine Vielzahl von kleinen Geschenken und Dingen für den täglichen Protest. Nach ein paar Klicks senden wir Euch die Sachen bequem nach Hause.

Textilien gibt's übrigens auch in diversen Geschäften im Wendland: Im „Querbeet“ in Clenze, bei „Pfoten&Co“ in Lüchow und im „OLKOS“ in Dannenberg findet Ihr eine Auswahl unseres Sortiments.

Wir wünschen Euch flauschige Weihnachten und:
fairtragt Euch!



JETZT NEU! FÜR KIDS!



Kapuzenpullover und -jacken
verschiedene Farben & Motive
Bio & fair



Woher kommt nur das Gerücht, der Protest im Wendland sei eng mit dem Terrorismus verknüpft?

In der Wendländischen Filmkooperative hat man dafür eine Erklärung. Die hatte Mitte der 70er-Jahre ein japanisches Videokopiergerät. Davon gibt es nicht viele. Diese Maschinen hinterlassen auf jedem Film eine individuelle Spur, mittels derer man Video und Kopierer einander zuordnen kann. Irgendwann wurde das teure Gerät verkauft und landete über Umwege bei der RAF, die damit Bekennervideos bearbeitet hat. Die fehlgeleitete Polizei nahm die falsche Spur auf und kam ins Wendland, um Häuser zu durchsuchen. Und der Lüchow-Dannenberg CDU-Mann Kurt-Dieter Grill erzählt bis heute, das Wendland sei damals RAF-Rückzugsgebiet gewesen.



Von wegen: Lügenpresse! Wenn die ARD es auch nicht besser weiß, als die Politik in Berlin, dann ist sie sich nicht zu schade, das auch eingestehen. Kleiner Tip aus Lüchow: Gegen „Keine weiteren Informationen“ empfehlen wir die Lektüre der Gorleben Rundschau.



Liebe Leserinnen und Leser, seien Sie vorsichtig! Schauen Sie sich das Foto rechts bloß nicht an! Denn: „Das Bild verherrlicht Krieg, Terror oder Gewalt.“ Das jedenfalls befand der Sparkassen-Verlag und lehnte die Szene als Motiv für die ec-Karte von GR-Leser Jürgen L. ab.



Sonnenbrand-Schutz

KUNDALINI
das radioaktive Hautöl

Was in jeder Hinsicht vorzüglich, garantiert auch seinen Radioaktivität hergestellten, seit langem erprobte und glänzend bewährte Haut-Öl-Kombination liefert pro Flasche DM. 0,55, DM. 1,75, DM. 3,30 und DM. 5,- und ist in allen Reformhäusern, Drogerien, Apotheken usw., erhältlich auch beim Versandhandel, Wülfingen in Württ., vordrög. Hersteller: Kundalini West München 13.

Jahreswechsel an sonnigen Gestaden im Süden? Vergessen Sie bloß nicht, sich gegen (Sonnen)Strahlung zu schützen. Am besten durch (Atom)Strahlung. Eine Anzeige aus den 30er-Jahren wirbt für den Gang in Apotheken und Reformhäuser.

*Besonders geeignet für
Atompilzsoße!*

AtomFond

Gutes Essen am Silvester-Abend? Vielleicht ein Pilzgericht? Hier kommt die passende Soße dazu! Noch gibt es sie nicht zu kaufen, aber der Kölner Art Director Björn Karnebogen hat immerhin schon mal die Anzeigenkampagne dafür entworfen. Wohl bekomm's!



**THE ORIGINAL
ATOMIC
BOMB
T-SHIRT**

You have read about it. Maybe you have even seen it. Now you can have your own. The ORIGINAL Atomic Bomb T-Shirt (which we created). Come see us in person for all kinds of Atomic Apparel.

CB FOX Department Store
1735 Central Ave. Los Alamos, NM (505)662-2864
1 block west of the Science Museum!
Open: Mon-Fri 9am-6pm Sat 9am-5pm
Shop with us online!
www.AtomicCityStore.com

Das ist doch mal Feuerwerk: In der „Atomic City“ Los Alamos im US-Bundesstaat New Mexico befindet sich nicht nur Amerikas ätstes Gelände für Atombombentest, sondern praktischerweise auch der „Atomic City Store“. Happy New Year!



Wurzeln im Wald

Archäologische Spurensuche im ehemaligen Hüttendorf 1004

Geschichte Im letzten Teil unserer Serie zum Jahrestag der Standortbenennung Gorlebens schlagen wir eine Brücke von der Vergangenheit in die Zukunft und blicken nicht 40 Jahre zurück, sondern nur 37. Im Mai 1980 kam es im Wendland zur wohl größten und längsten Bauplatzbesetzung in der Geschichte der Bundesrepublik. Tausende Atomkraftgegner errichteten ein Hüttendorf auf der für die obertägige Erkundung des Salzstocks Gorleben erforderlichen Bohrstelle 1004 und riefen die „Republik Freies Wendland“ aus. Seither ist die Zahl Synonym für die 30 Tage im Frühsommer: „Ich war schon auf 1004 dabei“, heißt es oft. Der Begriff der „Freien Republik“ hat sich dagegen gewandelt. Galt er Anfangs noch als Bezeichnung des Hüttendorfs, wird er von vielen heute eher als Geisteshaltung für eine alternative Gesellschaft verstanden – egal wo auf der Welt. Den Hamburger Archäologie-Studenten Attila Dézsi aber interessiert, was vom Hüttendorf selbst und damit von einer der Wurzeln des wendländischen Widerstands noch übrig geblieben ist. Mit den Mitteln der Gegenwartsarchäologie sucht er „auf 1004“ nach den Hinterlassenschaften der „Freien Republik“.

Andreas Conradt hat ihn begleitet.

» Was interessiert Sie daran, ausgerechnet das Protest-Dorf „1004“ zu erforschen?

Dézsi: Erst seit wenigen Jahren erforscht die Archäologie auch das 20. und 21. Jahrhundert und dabei bisher überwiegend Orte, an denen sehr düstere Dinge geschehen sind – Stichwort zweiter Weltkrieg, Verbrechen, Orte, an denen Lager gewesen sind. Alles Vermächtnisse, die sehr schwer wiegen, alles Orte, an denen sehr wichtige Dinge geschehen sind und an die wir uns erinnern müssen. Aber ich wollte das mal umdrehen und einen Ort der Utopie, der Hoffnung und des alternativen Lebens erforschen

und schauen, wie sich das im archäologischen Fund widerspiegelt. Mir ist wichtig, dass man mit der Archäologie des 20. und 21. Jahrhunderts nicht nur die negativen Aspekte anschaut, sondern auch das, was Hoffnungen und Alternativen ausdrückt. Und da ist die Freie Republik Wendland ein schönes Beispiel für eine nachhaltige und langfristige Entwicklung.

» Sie arbeiten nach der Idee der „Kritischen Archäologie. Was ist darunter zu verstehen?

Dézsi: Das ist kein eigenständiges Konzept, sondern die Bezeichnung von Archäolog/-innen, die einem gewissen Ansatz nachgehen

wollen. Sie versuchen, archäologische Wissenschaft im Kontext der Gesellschaft zu verstehen, in der sie stattfindet und wollen reflektieren, dass alle Forschung immer auch einen Einfluss auf diese Gesellschaft hat und nicht unabhängig von ihr geschieht. Ich habe zum Beispiel in meiner Masterarbeit das Klischee widerlegen können, dass die Rollenverteilung der Geschlechter in der Steinzeit klar definiert war: ‚Männer jagen, Frauen sammeln‘. Das stimmt überhaupt nicht, aber die Vorstellung davon wirkt bis heute nach. Wenn man so etwas entkräftet und darauf aufmerksam macht, dass es sich um Ideologie handelt, dann kann man auch im

Jetzt ganz viel bewirken. Und je näher man an die Gegenwart herankommt, desto sensibler wird dieses Verhältnis. Bei der Kritischen Archäologie gibt es den Anspruch, etwas zur Gesellschaft beizutragen – bis hin zum Anstoß zu Veränderungen.

» Ist der Ansatz ein neuer Trend?

Dézi: Nein, das nicht. Es gab schon immer mal ein paar einzelne Archäolog/-innen, die vielleicht eher marxistisch unterwegs waren. In den Achtzigern und Neunzigern gab es ganz viele feministische Archäologinnen, die versucht haben, innerhalb des Faches etwas zu verändern und auch überlegt haben, wozu das Fach überhaupt da ist. Aber das ist keine Sache, die alle machen, die oft auch gar nicht als notwendig erachtet wird. Ich selbst setz' mich mit dem Ansatz auch ganz schön in die Nesseln, weil das vielen nicht gefällt.

» Über die Ausgrabungen hinaus: Welche weiteren Methoden wenden Sie zur Erforschung an?

Dézi: Zunächst natürlich Recherche und Analyse vergleichbarer Projekte.

» Gab es die denn?

Dézi: Es gibt Orte in Großbritannien und in den USA, wo Protest-camps der Umweltbewegung ausgegraben worden sind. In Greenham Common in England gab es zum Beispiel eine Militärbasis mit Nuklearwaffen, vor deren Zäunen Frauen einige Widerstandscamps gegründet haben und über Generationen bis zu 30 Jahre vor Ort waren.

» Was folgt dann?

Dézi: Dann müssen die Grabung geplant, Gelder akquiriert und die Methodik festgelegt werden. Parallel führe ich Interviews mit Zeitzeugen durch und werte systematisch gut 800 Fotos vom Camp aus. Das ist im Grunde reine Datenerhebung und -auswertung. Jetzt hat gerade die Grabung begonnen – letztlich auch eine Form von Datenerhebung.

Danach liegt ein ganzes Jahr vor mir, in dem die Informationen der einzelnen Teilbereiche miteinander verglichen werden. Und dann folgt der längste Teil der Arbeit, nämlich die Verschriftlichung des Vorgehens und der Ergebnisse.

» Stichwort Zeitzeugen: Die meisten Bewohner des Protest-Dorfs auf 1004 leben noch und können erzählen, es gibt unzählige Fotos, Filme und Texte. Welche zusätzlichen Erkenntnisse kann eine archäologische Grabung zutage fördern?

Dézi: Das ist ein ganz zentraler Aspekt! Jede Quelle – ein Text oder eine mündliche Überlieferung – deckt immer nur gewisse Bereiche ab. Die Berichte von dem Polizeieinsatz klingen ganz anders als Überlieferungen von den Menschen, die im Dorf gelebt haben. Die Archäologie ist nun eine weitere Quelle, die eine andere Perspektive hinzufügt.

Eigentlich geht es ja in der Archäologie immer darum, über die Dinge, die hinterlassen werden, Rückschlüsse auf die Menschen zu ziehen. Und sie kann Dinge aufdecken und erneut thematisieren, die verdrängt und vergessen worden sind – denken wir an Massengräber im Kosovo oder aus dem spanischen Bürgerkrieg.

» Sprechen Sie neben Bewohner/-innen des Dorfs auch mit anderen Zeitzeugen?

Dézi: Ich versuche auch mit Polizisten ins Gespräch zu kommen, aber das gestaltet sich schwierig. Es gab ein paar Gespräche mit Einsatzkräften, die sich nach Veröffentlichungen über mein Projekt gemeldet haben, aber zu einem richtigen Interview ist es bisher noch nicht gekommen. Auch der Zugang zu Dokumenten aus der Zeit wird mir bisher noch verwehrt. Die Polizeidirektion Lüneburg hat sogar mitgeteilt, dass genau aus den für meine Arbeit relevanten Jahren keine Dokumente mehr vorhanden seien. Das macht mich schon ein bisschen stutzig. Die Hilfsbereitschaft vonseiten der Polizei ist deutlich geringer als von anderen Zeitzeugen. Ich habe allerdings einen Brief von



einem Polizisten bekommen, der bei der Räumung dafür zuständig war, nacheinander in allen Hütten zu kontrollieren, ob sich noch Menschen darin befinden. Erst auf sein Zeichen hin haben die Bulldozer die betreffende Hütte platt gemacht. Diese Verantwortung hat er als schwere Belastung erlebt, die ihn heute noch in Alpträumen einholt. Es gibt Traumata auf beiden Seiten.

» Das Dorf wurde von der Polizei zerstört, vieles wurde dabei „durcheinander gebracht“. Wie können Sie sicher sein, trotzdem die richtigen Schlüsse zu ziehen?

Dézi: Das Problem der Fragmentierung hat man in der Archäologie immer, ob nun die Bulldozer 1004 ruiniert haben oder nach Untergang einer steinzeitlichen Siedlung zimal der Pflug über die Fläche gegangen ist. Man beschreibt alle vorgefundenen Umstände und versucht, Zusammenhänge zu erkennen. Es gibt das Konzept der Stratigraphie, mit dem man die zeitliche Abfolge von Ereignissen nachzeichnen kann. Vereinfacht gesagt: Was zuunterst liegt, gibt Hinweise auf das älteste Ereignis. Wenn wir das nicht bestimmen könnten, dann würde ja in der Archäologie alles durcheinander gehen.

» Gibt es schon konkrete neue Erkenntnisse?

Dézi: Zunächst mal konnte ich durch meine Arbeit sehr präzise lokalisieren, wo genau das Camp stand. Viele Zeitzeugen konnten sich gar nicht mehr konkret erinnern, wo einzelne Gebäude wa-

”
Aus dem Gorleben Archiv und von der Bürgerinitiative bekomme ich jede erdenkliche Unterstützung

ren, weil natürlich mittlerweile viel Wald aufgewachsen ist. Und es ist inzwischen auch klar, dass trotz der massiven Räumung durch die Polizei viele Dinge vor Ort liegengeblieben sind: Bauteile von Hütten, Zelte, Alltagsgegenstände, Lebensmittel. Darüber hinaus gibt es bisher nur Ideen und Thesen. Wir haben ja gerade erst angefangen zu graben.

» Welche Ideen und Thesen?

Dézi: Es gibt eine Reihe von auffälligen Vertiefungen im Waldboden, von denen wir glauben, dass es Fundamente von Hütten sein können, in die die Bulldozer bei der Räumung das Baumaterial hineingeschoben, aber nicht verdichtet haben. So könnte es im Laufe der Jahre zu Absackungen gekommen sein. Das werden wir prüfen, aber wir können bei einer Stelle anhand von Luftbildern jetzt schon sagen, dass dort ein größeres Zelt gestanden hat. Die dortige Vertiefung ist jetzt mit ganz viel Müll aufgefüllt – Plastikbesteck, Konserven, Lebensmittelrationen. Das hat uns sehr verwundert, weil es völlig widersprüchlich zu dem ist, was in den Filmen zu sehen ist. Aber dann ist uns klar geworden, dass der Müll von den vielen Tausend Einsatzkräften der Polizei oder von der Wachmannschaft der Bohrstelle stammen muss. Jetzt frage ich mich natürlich, wie das für die Leute gewirkt haben muss, die im Dorf gelebt haben und dann miterleben mussten, wie da mit ‚ihrem Ort‘ umgegangen wurde. Das ist ja fast schon eine symbolische Geste.

» Verraten Sie uns einige Funde?

Dézi: Wir haben zum Beispiel auch Gasmaskenteile gefunden, die auf Angst vor dem Einsatz chemischer Substanzen bei der Räumung hindeuten, oder Kabelbinder, wie sie von der Polizei bei Festnahmen eingesetzt werden. Nicht gerade Symbole einer Utopie, aber eben doch auch zur Freien Republik Wendland gehörig. Ohne die Räumung des Platzes wäre der Ort womöglich gar nicht so sehr ins Bewusstsein gelangt.



Suchen und Registrieren von Fundstücken im Wald bei Gorleben. Archäologe Attila Dézi arbeitet mit Kolleg/-innen und ehemaligen Bewohnern des Hüttendorfs zusammen. Das Medieninteresse an Dézis Gegenwartsarchäologie ist riesig.

Nächste Seite: Die „Republik Freies Wendland“ bestand aus über hundert Hütten, Buden und Zelten.

» Bislang haben Sie überwiegend von Funden berichtet, die Polizei oder Wachmannschaft zuzuordnen sind. Gibt es auch Funde, die auf die Bewohner/-innen des Dorfes schließen lassen.

Dézi: Bisher noch nicht, aber wir haben auch gerade erst angefangen. Als nächstes graben wir dort, wo die Küche gestanden hat, direkt neben dem ‚Freundschaftshaus‘, und da erwarten wir völlig andere Dinge.

» Welche konkreten Folgen könnten Ihre Ausgrabungen vor Ort haben? Wird es ein „Museums-Widerstands-Dorf“ geben?

Dézi: Ich hoffe nicht! Aber zumindest soll es hier im Wendland eine Ausstellung der gefundenen Objekte geben, die interessierte Menschen auch mitgestalten und zu der sie einen Teil ihrer eigenen Geschichte beitragen können – zum Beispiel durch Interviews oder Kommentare zu Ausstellungsstücken. Ein Antrieb für

mein Projekt war die Frage, wie man kommenden Generationen den Anti-Atom-Widerstand vermitteln kann.

» Warum ist die Weitergabe dieses Wissens wichtig?

Dézi: Solange wir den Jahrtausende strahlenden Atommüll haben, muss auch das Wissen über den Widerstand weitergegeben werden. Es darf nicht vergessen werden, dass es berechtigte Kritik gibt. An vielen AKW-Standorten hat die Atomindustrie einfach so lange gewartet, bis der Widerstand eingeschlafen und vergessen war – und dann gebaut. Schon daran sieht man, wie wichtig Erinnerung und Weitergabe von Wissen ist.

» Wie ist die Resonanz auf Ihr Projekt in der Bevölkerung des Wendlands?

Dézi: Die Unterstützung aus der hiesigen Anti-Atom-Szene ist fast durchweg positiv. Ich versuche mein Projekt so zu gestalten, dass



ich nicht *über* Leute forsche, sondern mit ihnen zusammen. Das kommt gut an, die Leute finden die Sache interessant und spannend. Gerade aus dem Gorleben Archiv und von der Bürgerinitiative bekomme ich jede erdenkliche Unterstützung – bis hin zur Kompost-Toilette im Wald! Das ist natürlich nur ein Ausschnitt der Bevölkerung, Leute, die damals dabei waren oder sich dem heutigen Widerstand zugehörig fühlen. Wie andere Gruppen dazu stehen, weiß ich nicht. Zu denen habe ich keinen Kontakt. Und, ach ja: Es gibt auch Leute aus dem damaligen eher militanten Widerstand, die meine Arbeit kritisch sehen. Vielleicht liegt es an der zum Teil etwas einseitigen Berichterstattung im hiesigen Radioprogramm, das meine Arbeit eher als das Erinnern an ein schönes Hippie-Camp dargestellt und den politischen Aspekt völlig ignoriert hat.

» Hat die Beschäftigung mit dem Thema Einfluss genommen auf Ih-

re private Einstellung zu Staat und Demokratie?

Dézi: Nein! Ich hatte auch schon vorher eine sehr starke Einstellung zu Staat und Demokratie. Im Gegenteil: Ich bin überrascht, wie „sanft“ die Räumung seinerzeit ablief – verglichen mit Polizeieinsätzen später bei den Castortransporten, bei den Auseinandersetzungen um die Rote Flora oder dem G20-Gipfel kürzlich in Hamburg. Es gab damals keine Prügeleien, keine Gefangenen, kein Reizgas. Auch im Vergleich zu anderen Einsätzen der damaligen Zeit in Brokdorf oder an der Startbahn West war die Räumung der Freien Republik – bei allen furchtbaren Dingen, die die Menschen da erlebt haben – noch moderat. Und die Gewalt seitens der Polizei hat seitdem noch einmal deutlich zugenommen.

» Muss die Geschichte des Protestcamps neu geschrieben werden?

Dézi: Dazu müsste es ja erstmal

Es gibt nicht die einzig wahre Geschichte, sondern viele Wahrheiten

eine geschriebene Geschichte geben. Es gibt kaum wissenschaftliche Betrachtungen vom Camp 1004, auf die ich mich beziehen könnte. Andererseits ist Geschichte ja genau das, was wir alle daraus machen. Die Gesamtheit aller Erinnerungen. Insofern wirkt geschriebene Geschichte doch immer so, als wenn sich Leute darüber streiten, was die richtige Schreibweise ist. Unter Archäologen ist es völlig klar, dass es ein Ereignis gab – und im Nachhinein unzählige verschiedene Interpretationen, weil jede/-r eine subjektive Perspektive auf die Dinge hat. Es gibt also nicht die einzig wahre Geschichte, sondern viele Wahrheiten. Was die Bauern auf 1004 erlebt haben, liest sich ganz anders als das, was Diskutanten im Freundschaftshaus oder jonglierende Künstler/-innen berichten. Es käme mir sehr komisch vor, nur von *einer* Geschichte zu sprechen. Die haben alle ganz viele unterschiedliche Geschichten erlebt. Ich trage halt jetzt noch eine zusätzliche Perspektive bei.



„Wir sind lebendiger geworden“

Portrait Werner Lowin guckt in die Runde. 29 Menschen sind es heute, die sich auf dem Dannenberger Marktplatz zur Fukushima-Mahnwache versammelt haben. Seine Frau Ingrid unterhält sich mit einigen, die zu spät gekommen sind. Um 18 Uhr ist Geschäftsschluss, und man wartet ein wenig, bis alle da sind, denn wenn es etwas zu besprechen gibt, wie heute zum Weltklimagipfel in Bonn, dann sollen es schließlich alle mitbekommen. Das ist nicht ohne, diese Zahl und die Kontinuität. Jeden Montag sind sie dort seit dem Tsunami und der Atomkatastrophe in Fukushima im März 2011. Ingrid und Werner, I.&W., gehören zum harten Kern. Bescheiden, wie sie sind, würden sie es weit von sich weisen, würde man das so sagen, aber schreiben muss ich das. I.&W. zogen im Jahr 2000 von Düsseldorf nach Lüchow-Dannenberg. „Es war kein Stadt-Land-Wechsel, denn dann wären ja die Eifel oder der Niederrhein nahe liegend gewesen. Es war ein bewusstes Ja zum ‚Land der Lebendigen‘ hier im Wendland“, sagt Ingrid. Die Schmuckdesignerin hatte sich schon lange vorher in der Friedensbewegung engagiert, sie

I.&W. ist der Copyright-Vermerk ihrer Fotos – und im Wendland längst zum Markenzeichen geworden. Am Rande einer Mahnwache in Dannenberg hat sich Wolfgang Ehmke mit Ingrid und Werner Lowin unterhalten.

war 10 Jahre lang im Vorstand des Komitees für Grundrechte und zusammen mit ihrem Mann sogar schon beim Castor Null dabei. Ich gucke verdutzt, sie lachen: „Na, im Herbst 1994, als der erste Castor aus Philippsburg abgesagt werden musste.“ Ihr Kontakt ins politische Wendland reicht in die 80er-Jahre zurück. Werner war noch Landeskirchenrat in Düsseldorf, und sie lockten Lehrerinnen und Lehrer nach Kukate. „Zwischen Kukate und Kranich“ oder „Leben um Gorleben“ hießen ihre Seminare mit Exkursionen durch die Elbwiesen, ran an die Atomanlagen und zum Szene-Treff der Kneipe in Meuchefitz: „Dort war das Essen früher besser als heute. Das darfst du gerne mal schieben.“ Werner war gern gesehen beim Gorlebener Gebet und schließlich kamen die Demonstrationsbeobachtungen des Komitees für Grundrechte bei all den Castortransporten. Ingrid erinnert: „Uns ging es immer um die Demokratie, die Grundrechte, den Kampf gegen die Versammlungsverbote.“ Und Werner sekundiert: „Grund-



rechte müssen mit Leben gefüllt werden. Darum sind nach unserem Verständnis die Demonstrierenden und Demonstranten auch der wahre ‚Verfassungsschutz‘. Beruflich habe ich viele Tagungen geleitet, Diskussionen moderiert und harte Verhandlungen führen müssen. Vielleicht hat die BI mich deshalb schon mehr als zehn Mal als Leiter der jährlichen Mitgliederversammlung vorgeschlagen!“

Wer I.&W. heute begegnet, wird sie allerdings völlig anders wahrnehmen. Das sind nämlich die beiden, die mit der Kamera den bunten, vielfältigen, bisweilen auch skurrilen Widerstand im Bild festhalten. Von A wie Ausrangiert (1995) bis Z wie Zwischenlagerfahren am Gorleben-Tag während der Kulturellen Landpartie. 70.000 Fotos entstanden in dieser Zeit. Bildbände, Collagen, Postkarten, aber auch Ausstellungen wie im Hundertwasserbahnhof in Uelzen tragen ihre Handschrift.

Das Fotografieren war eigentlich nur ein gemeinsames Hobby, doch die Autodidakten machten daraus mehr, viel mehr! Die Bilder sehen sie als Mutmacher, es sind „Erinnerungen an die Zukunft“. Meistens würde man im Bild das sehen, was man nicht verhindern kann, aber manchmal – man denke an ein Foto der vielen freien Stellplätze in der Castorhalle in Gorleben – sei das auch ein eindeutiges Zeichen eines starken Widerstands. „Der auch uns verändert hat. Wie sind mutiger, offener, kreativer und entschlossener – eben lebendiger – geworden.“ Und wie ist das mit dem I.&W.? „Gerade die Gemeinsamkeit in unserem Engagement gibt uns Kraft, den notwendigen langen Atem und hält vor allem auch unsere Beziehung lebendig.“ Durch das Widerstandsjahr 2018 begleitet uns der Kalendervon I.&W.





Die örtlichen Gegebenheiten, sagt man, beeinflussen die regionalen Bräuche, und die wiederum hinterlassen ihre Spuren in Symbolen, die in regionaltypischen Schmuckelementen verwendet werden. Die zwei gekreuzten Hammer in Bergbauregionen sind ein schönes Beispiel dafür. Oder die stilisierte Darstellung von Weinreben entlang der Mosel. Für das Wendland waren solche Symbole bis ins späte 20. Jahrhundert nicht bekannt. Erst der Protest gegen die Atompläne in Gorleben hat Anfang der Achtzigerjahre das erste Wahrzeichen der Freien Republik hervorgebracht: die Wendlandsonne. Später kam das „X“ als Zeichen des

Widerstands gegen die Castortransporte dazu. Heute sind beide Sinnbilder nicht nur auf unzähligen Plakaten und an viele Scheunentore genagelt zu finden, auch in der Werbung, bei Vereinen und als Architekturelemente sind Sonne und „X“ aus Lüchow-Dannenberg nicht mehr wegzudenken.

Bürgerinitiative Umweltschutz
 Lüchow-Dannenberg e. V.
 Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
 Mo, Mi, Fr: 9 – 16 Uhr • Di, Do: 9 – 18 Uhr
 ☎ 05841 - 4684
 buero@bi-luechow-dannenberg.de
 www.bi-luechow-dannenberg.de

Widerstands-kalender

Erhältlich ist der neue Kalender
 im BI-Büro oder online unter
www.bi-luechow-dannenberg.de

Die Auflage ist begrenzt!

Preis: € 7,50



Jahreskalender
 mit mehr als 50 Fotos
 von Ingrid u. Werner Lowin



Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name..... Vorname.....
 Straße..... Hausnummer.....
 PLZ, Ort..... E-Mail.....
 Datum..... Unterschrift.....

Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (6 x im Jahr) und weiteres Infomaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

einmalig EUR

monatlich EUR

Kontoinhaber..... Name der Bank.....

BIC..... IBAN.....

Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Rosenstraße 20, 29439 Lüchow

www.bi-luechow-dannenberg.de

